

Feministische Innenpolitik – Die weibliche Perspektive im Blick

(Nr. 2 – November 2024)

Liebe Frauen,

eigentlich hätte es der verschiedenen Statistiken nicht mehr bedurft, um darzustellen, wie weit wir Frauen immer noch von einer wirklichen Gleichstellung in der Gesellschaft entfernt sind. In unserem Ausschuss, bei Interessierten und in der Politik gibt es hier kein Erkenntnisproblem. Aber wen drückt dieser Schuh? Warum sollten die, die den Druck nicht spüren, etwas ändern wollen? Es bedarf einer geänderten Strategie, so lautet eine Erkenntnis aus dieser Tagung. Nicht weiter die Lücke benennen, sondern die Chancen einer Veränderung verdeutlichen. Wir beginnen damit im März 2025 mit der Tagung: „Erwerbstätigkeit von Frauen als Wirtschaftsfaktor“.

Petra Löwenbrück (Sprecherin)

Gleichstellung passiert nicht von allein

Das Bekenntnis zu feministischer Außen- und Entwicklungspolitik hatte in der jüngeren Vergangenheit nicht nur manche politische Debatte bestimmt, sondern auch den Fokus auf andere Politikfelder gelenkt. Wie sieht es auf nationaler Ebene aus? Hat die Gesetzgebung, die die Rahmenbedingungen für Fortschritte in der Gleichstellung vorgibt, die weibliche Perspektive ausreichend im Blick? Eine Frage, die für die Anliegen des Ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit von zentraler Bedeutung ist. Zumal die Erfahrung zeigt, dass Gleichstellung nicht von allein passiert. Deshalb hat der Ausschuss bei seiner Jahrestagung den Blick auf politische Prozesse gelenkt und sie unter die Überschrift „Feministische Innenpolitik – Wie Gleichstellung durch nationale Gesetzgebung beeinflusst wird“ gestellt. Die Veranstaltung, die vom 22. bis 24. November 2024 im Erbacher Hof in Mainz stattfand, wurde von Sprecherin Petra Löwenbrück und der kfd-Referentin Natalie Mittler geleitet und beleuchtete das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven. Klar wurde dabei: Es braucht einen konsequenten Gleichstellungs-Check, viele Verbündete und Beharrlichkeit.

Umsetzung von Gleichstellung durch Gesetze

Zum Einstieg in die Thematik berichtete die Politikwissenschaftlerin Natalie Mittler, die in der kfd-Bundesgeschäftsstelle im gesellschaftspolitischen Bereich tätig ist und die Arbeit des Ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit begleitet, von der Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung. Im Juli 2020 hatte die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie verabschiedet. Diese bündelt die Beiträge der einzelnen Bundesministerien im Themenfeld Gleichstellung. Im Koalitionsvertrag hatten die Parteien vereinbart, das Ziel Gleichstellung in diesem Jahrzehnt zu erreichen und dazu neun Ziele mit entsprechenden Maßnahmen formuliert: Diese reichen von Entgeltgleichheit und der Aufwertung sozialer Berufe über Fragen zur Vereinbarkeit, zu Karrierechancen und der digitalen Lebens- und Arbeitswelt bis hin zur Beteiligung in Parlamenten, zu Teilhabe in Kultur und Gesellschaft und dem öffentlichen Dienst als Vorreiterrolle in Sachen Gleichstellung. Punkt 9 heißt: „Die Bundesregierung fördert die tatsächliche Gleichstellung querschnittlich und strukturell.“ Die 2021 nachfolgende Regierung aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP, die Anfang November 2024 zerbrochen ist, so dass im Februar 2025 vorgezogene Neuwahlen anstehen, hatte vereinbart, diese Strategie weiterzuentwickeln. Inwieweit die bereits ergriffenen Maßnahmen den Abbau struktureller Hemmnisse vorangebracht haben, das hat die Vorgängerregierung noch in einer Dokumentation zum Umsetzungsstand (September 2021) festgehalten. Danach seien alle gesetzten Ziele in Angriff genommen worden und Ziel 5 (Karrierechancen, Führungspositionen) sowie Ziel 8 (öffentlicher Dienst als Vorreiter bei Vereinbarkeit und Führungspositionen) bereits „erledigt“.



Natalie Mittler und Petra Löwenbrück

Kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem

Zufriedenstellend sei das aber keineswegs, so die Referentin, die auf die Expertise der drei bisherigen Gleichstellungsberichte der Bundesregierung verwies. Seit 2011 mahnen Sachverständige auf der Basis einer umfassenden Datenanalyse deutliche Defizite bei der Gleichstellung an und fordern Maßnahmen, um diese zu beheben. Für Anfang 2025 wird der 4. Gleichstellungsbericht zu „Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation“ erwartet. „Es ist im Grunde klar, was helfen würde“, so Natalie Mittler, „aber es ändert sich zu wenig.“ Auch im europäischen Vergleich findet sich Deutschland in Sachen Gleichstellung nur im oberen Mittelfeld wieder. Der Gender Equality Index, der vom European Institute for Gender Equality ermittelt wird, lag 2023 europaweit bei 70,2 (von 100) Punkten. Deutschland belegte mit 70,8 Punkten den elften Platz. Im Fokus stehen bei dieser Berechnung die Kriterien Arbeit, Einkommen, Bildung, Zeitverwendung, Macht/Partizipation und Gesundheit. Die besten Ergebnisse hat Deutschland im Bereich Gesundheit erzielt, die schlechtesten beim Thema Wissen (Fächer-



und Berufswahl); seit 2020 hat es die deutlichste Verbesserung im Bereich Arbeit (+ 3,9 Punkte) gegeben. Auch mit einem Blick in andere Länder machte die Referentin deutlich, dass Deutschland diesbezüglich dem europäischen Ausland vielfach hinterherhinkt. So haben beispielsweise Frankreich und Norwegen verpflichtende Frauenquoten für Führungspositionen; das Thema Entgeltgleichheit wird in Island, Belgien und Frankreich genauso offensiv vorangetrieben wie in Finnland, Österreich oder der Schweiz. Und hinsichtlich Elternzeit und Familienfreundlichkeit haben Schweden, Spanien oder Slowenien wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen.

und Berufswahl); seit 2020 hat es die deutlichste Verbesserung im Bereich Arbeit (+ 3,9 Punkte) gegeben. Auch mit einem Blick in andere Länder machte die Referentin deutlich, dass Deutschland diesbezüglich dem europäischen Ausland vielfach hinterherhinkt. So haben beispielsweise Frankreich und Norwegen verpflichtende Frauenquoten für Führungspositionen; das Thema Entgeltgleichheit wird in Island, Belgien und Frankreich genauso offensiv vorangetrieben wie in Finnland, Österreich oder der Schweiz. Und hinsichtlich Elternzeit und Familienfreundlichkeit haben Schweden, Spanien oder Slowenien wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen.

Strukturen für Gleichstellung – Gleichstellung in der nationalen Gesetzgebung

Für einen Vortrag zum Thema „Strukturen der Gleichstellung“ hatte der Ständige Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit Anja Weusthoff vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als Referentin gewinnen können. Die Politikwissenschaftlerin, die auch stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates ist, leitet seit 2011 beim DGB die Abteilung Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik. Die Notwendigkeit einer klaren und nachhaltigen Gleichstellungsstrategie untermauerte die Referentin mit den immer noch bestehenden Gender Gaps – jenen Lücken zwischen den Geschlechtern, die in unterschiedlichsten Bereichen dazu führen, dass Frauen und Männer in Deutschland faktisch nicht dieselben Verwirklichungschancen haben: 1. Gender Care Gap: Frauen leisten deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer; 2. Gender Time Gap: die Erwerbsarbeitsstunden pro



Anja Weusthoff

Woche liegen bei Frauen mit rund sechs Stunden deutlich unter denen der Männer; 3. Gender Pay Gap: der durchschnittliche Bruttostundenverdienst erwerbstätiger Frauen lag 2023 - unbereinigt - 18 Prozent unter dem der Männer; 4. Gender Pension Gap: das durchschnittliche Alterseinkommen von Frauen ist knapp ein Drittel niedriger als das von Männern; 5. Gender Lifetime Earning Gap: gerade Frauen mit Kindern erwirtschaften im Lebensverlauf durchschnittlich rund 50 Prozent weniger Einkommen als Männer; 6. Digital Gender Gap: es gibt spürbare Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Digitalisierungsgrad, aber auch in der Arbeitswelt hinsichtlich technischer Ausstattung und Möglichkeiten zum flexiblen Arbeiten; 7. Gender Data Gap: er bezeichnet das Fehlen geschlechtsspezifischer Aspekte bei Datenerhebungsverfahren, die gesellschaftlich, wirtschaftlich oder medizinisch relevant sind. Das kann für Frauen – beispielsweise im gesundheitlichen Bereich - fatale Folgen haben.

Gleichstellungs-Check: Gleichstellung prüfen – immer und überall

„Die Frage, warum wir eine Gleichstellungsstrategie brauchen, beantwortet sich von selbst“, so die Referentin. „Weil Gleichstellung kein Selbstläufer ist!“ Dabei müssten eigentlich nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden, die es bereits gebe. An erster Stelle nannte Anja Weusthoff internationale Verpflichtungen wie die UN-Frauenrechtskonvention, ein Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und damit das wichtigste internationale Menschenrechtsinstrumentarium

für Frauen. Neben dem Gleichstellungsauftrag aus Artikel 3 des Grundgesetzes gebe es zudem verpflichtende Vorgaben wie § 2 der GGO (Gemeinsame Geschäftsführung der Bundesministerien). Dort heißt es: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip. Es ist bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen zu beachten (Gender Mainstreaming).“ Darüber hinaus habe die Bundesregierung im Zweiten Gleichstellungsbericht die Leitidee formuliert, eine Gesellschaft anzustreben, in der Frauen und Männer die gleichen Verwirklichungschancen haben.

„Da Gleichstellung offenkundig nicht von allein passiert, müssen wir nachhelfen“, betonte die Politikwissenschaftlerin. „Wir brauchen eine konsequente Umsetzung der Verpflichtungen auf der Ebene von Regierungen und wir müssen für mehr Sensibilisierung, Aufklärung und Mobilisierung der



kfd-Frauen in Arbeitsgruppen

Gesellschaft sorgen. Eine Gleichstellungsstrategie und ein Gleichstellungs-Check, die könnten es bringen!“ So fordert die DGB-Frau ein Prüfverfahren, das bereits im Entstehungsprozess von Gesetzen angewendet wird, so dass bei Vorhaben, die Frauen benachteiligen, direkt nachgebessert werden kann. Der Gleichstellungs-Check soll folgende Fragen beantworten: Welche Wirkung haben Gesetze, Programme, Kampagnen und Vorhaben auf die Lebenswelt von Frauen? Führen sie zu mehr Gleichstellung zwischen Männern und Frauen? Wie passen die Gesetze in Sachen Gleichstellung zusammen: Sind sie aufeinander abgestimmt oder widersprechen sie einander? Gleichstellung müsse eine abgestimmte Querschnittsaufgabe aller Ressorts sein. Wichtig sei hierbei, so die Referentin, die Verantwortlichkeit für eine konsistente Gleichstellungspolitik auf höchster Ebene mit einer Stabsstelle im Kanzleramt zu verankern und auf eine geschlechtergerechte Haushaltsführung hinzuwirken. Dabei müssen die Finanzministerien von Bund und Ländern auf eine strukturierte, gendergerechte Finanzpolitik verpflichtet werden, und Haushaltstitel, deren Verwendung Frauen benachteiligen, nachbessern. Für all dies brauche es verlässliche Kontrollmechanismen mit entsprechenden Sanktionen.

Argumentationsstrategie als Hebel für Veränderungen – positive Botschaften

In der Diskussion mit Anja Weusthoff wurde erneut deutlich, dass es grundsätzlich an Mehrheiten für eine progressive Gleichstellungspolitik fehlt. „Manche Parteien sehen keine strukturellen Probleme“, so die Referentin. Hier könne ein effektiver Hebel sein, eine andere Argumentationslinie zu fahren, indem die Erwerbstätigkeit von Frauen als Wirtschaftsfaktor und nicht nur als Frauenfrage betrachtet werde. Auch dem Thema Fachkräftemangel könne man gut aus gleichstellungspolitischer Sicht begegnen, genauso wie der Kinderbetreuung. Wenn man hier weniger von Sozialausgaben und Gleichstellung spreche, sondern mit Investitionen in die Zukunft bzw. in die Wirtschaft argumentiere, würde man vermutlich eher auf offene Ohren stoßen. „Zudem ist es immer gut, nicht nur Defizite zu beklagen, sondern mit positiven Botschaften zu werben.“ Beispielhaft nannte die Referentin Slogans des österreichischen Gewerkschaftsbundes wie „Paare, die sich Hausarbeit teilen, sind glücklicher“ oder „Väter, die ihre Kinder betreuen, sind gesünder“. Mit Blick auf die Neuwahl des Bundestages mahnte Anja Weusthoff, die Parteiprogramme aus der Perspektive von Frauen sehr genau in den Blick zu nehmen, um eine informierte Entscheidung treffen zu können, und den Finger in die Wunde zu legen, um so noch Druck auf die Koalitionsverhandlungen auszuüben.



Demokratie stärken – gemeinsames Engagement von Frauenverbänden

„Wir alle müssen dazu beitragen, die demokratischen Strukturen in der Fläche zu stärken“, so Weusthoff. Gerade in Wahlkampfzeiten seien positive Botschaften vonnöten. Das unterstrich auch Natalie Mittler: „Wie Menschen Krisen wahrnehmen, ob sie sich politisch selbstwirksam erleben oder das Gefühl haben, in einer neoliberalen Leistungsgesellschaft abgehängt zu sein und sich nach vermeintlich besseren Zeiten zurücksehnen – all das führt zu Unzufriedenheit, Gewaltaffinität und Antifeminismus. Das treibt Menschen in die Arme rechter Parteien.“ So berichtete auch Weusthoff von der Erfahrung, dass starke betriebliche Strukturen wirksam gegen Rechtspopulismus seien und plädierte für mehr Betriebsratsgründungen und Tarifverträge. „Wenn Menschen das Gefühl haben, mitgestalten zu können, sind sie weniger anfällig für antidemokratische Parteien.“ Auch aus Sicht des Deutschen Frauenrates forderte sie: „Das ist die geballte weibliche Zivilgesellschaft. Lasst uns gemeinsam an einem Strang ziehen!“

Von der Petition zum mehrheitsfähigen Gesetzentwurf



Natascha Sagorski

Einen weiteren Akzent setzte die Politikwissenschaftlerin, PR-Managerin und Autorin Natascha Sagorski, die online zugeschaltet war. In ihrem Vortrag „Von der Petition zum mehrheitsfähigen Gesetzentwurf im Bundestag“ berichtete sie von der Arbeit des Vereins „Feministische Innenpolitik“, der Themen rund um Frauenrechte, Diversität und Teilhabe politisch voranbringen will. „Wir fordern eine feministische Innenpolitik und sehen uns als Lobby für diejenigen, die selbst nicht laut werden können. So wie Frauen nach Fehlgeburten.“ Daraus war – aus eigener Erfahrung – das Projekt für einen gestaffelten Mutterschutz entstanden, der Frauen nach Fehlgeburten den Anspruch auf eine Krankschreibung sichert, was vielfach abgelehnt wird. Dieser soll gestaffelt sein, je nach Fortschritt der Schwangerschaft. Sagorski berichtete vom Start der Petition im Februar 2022 mit der Mobilisierung von UnterstützerInnen. Die Zahl der Unterschriften sei schnell nach oben gegangen. „Es war ganz wichtig, auf social media präsent zu sein, wo das Thema Frauengesundheit gut vertreten ist.“ Man müsse die richtigen Multiplikatorinnen finden und auf Hintergrundgespräche oder parlamentarische Abende setzen, weil hier die Weichen gestellt würden, so die Referentin. „Mit der Petition haben wir den Sprung raus aus der Community in die Gesellschaft geschafft; und es wurde deutlich, wie viele Betroffene es gibt.“ Plötzlich hätten die Parteien mit ihr reden wollen, sie wurde als Sachverständige in den Bundestag eingeladen und dank guter PR-Arbeit wurden Medien wie Print und TV auf das Anliegen aufmerksam.

Eine zwiespältige Erfahrung sei es gewesen, dass der Name „Feministische Innenpolitik“ nicht durchweg positiv angekommen sei. Als man sich in „Familie für alle“ umbenannte, sei die Gemeinnützigkeit schnell anerkannt worden. Es sei wichtig, sich prominente Verbündete zu suchen und große Kampagnen zu starten wie die Familienketten in München und Berlin oder die leere Wiege vor dem Bundestag. „Wir haben mit Crowdfunding auch Geld für ein Rechtsgutachten gesammelt, um beim Bundesverfassungsgericht Klage einzureichen (GG Art. 6, Absatz 4: Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft). Diese wurde zwar nicht zugelassen, aber es gab viel Resonanz und Ermutigung. Jetzt steht der Gesetzentwurf; allerdings hat das Aus der „Ampel-Regierung“ dessen schnelle Umsetzung fraglich gemacht. „Denken Sie groß, sammeln Sie Verbündete, schaffen Sie breite Mehrheiten – und lassen Sie sich nicht entmutigen! Wir können alles in Bewegung setzen!“

Termine:

21. - 23. März 2025, Tagung Mainz

19. - 20. September 2025, Tagung online

21. - 23. November 2025, Tagung Mainz

Text/Fotos: Beate Behrendt-Weiß / Journalistin

Grafik: PPP Natalie Mittler

Ständiger Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands

Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf

Telefon: 0211-44992-84

Kontakt: Natalie Mittler; Referentin im Bereich

Gesellschaftspolitik - natalie.mittler@kfd.de

www.kfd.de

<https://www.kfd-bundesverband.de/staendiger-ausschuss-frauen-und-erwerbsarbeit>

„Denken Sie groß, sammeln Sie Verbündete, schaffen Sie breite Mehrheiten – und lassen Sie sich nicht entmutigen! Wir können alles in Bewegung setzen!“

In den Diskussionen betonten die kfd-Frauen, dass Lobbyarbeit ein unverzichtbares Instrument sei. Für ihre Anliegen sei es unerlässlich, als starker Verband aufzutreten, Kräfte zu bündeln, Ziele konkret und positiv zu formulieren und deutlich zu machen, dass die Themen, die gerne als unwichtig abgetan werden, große gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Bedeutung haben. Genau deshalb hat der Ständige Ausschuss die nächste Tagung im Frühjahr 2025 auch unter die Überschrift „Erwerbstätigkeit von Frauen als Wirtschaftsfaktor“ gestellt.